

Stellungnahme

des

LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken*
**zum Presse-Hintergrund des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz (BMELV) vom 17. Januar 2013**
“10 Vorurteile – 10 Fakten: Was Sie über Landwirtschaft in Deutschland wissen sollten”

Zu 1- Die Landwirtschaft habe heute als Branche kaum noch Bedeutung

Diese Einschätzung teilen wir nicht.

Wir halten die Landwirtschaft für eine sehr wichtige Branche und wertschätzen die Leistung der bäuerlichen Betriebe. Wir setzen uns vehement für den Erhalt der Boden gebundenen Landwirtschaft ein und bedauern jede einzelne Hofaufgabe. Vor diesem Hintergrund fragen wir, warum jedes Jahr zwischen 6.000 und 8.000 landwirtschaftliche Betriebe aufgeben müssen (im Zeitraum von 2007 bis 2010 rund 2,2 Prozent pro Jahr).

Während es 1993 noch fast 600.000 landwirtschaftliche Betriebe gab, hat sich diese Zahl bis heute auf ca. 300.000 halbiert. Was führt dazu, dass „die hochmoderne Branche, die unser tägliches Brot sichert und mit der jeder neunte Arbeitsplatz in Deutschland in Zusammenhang steht“, solche großen Verluste hinnehmen muss?

Zu 2 - Mit der Förderung der Landwirtschaft über die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) würden Steuergelder verschwendet

Wir sind nicht der Meinung, dass „mit der Förderung der Landwirtschaft über die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) Steuergelder verschwendet werden“. Wir kritisieren allerdings die Verteilung der Fördermittel, die zu einem überwiegenden Teil Großbetrieben zugutekommen. Zur Einkommensstabilisierung und Risikoabsicherung sowie als Ausgleich für Gemeinwohlleistungen sollten Fördermittel aus unserer Sicht vor allem kleineren und mittleren Betrieben zufließen.

Die Leistungen der Landwirtschaft, die in der Vergangenheit zu einer vielfältigen Agrarstruktur und zur Erfüllung von Allgemeinwohlleistungen geführt haben, erkennen wir an. Es ist aber auch festzustellen, dass sich in den letzten Jahren – zumindest in Niedersachsen – die Bewirtschaftung in atemberaubender

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

Geschwindigkeit dramatisch zu Ungunsten einer vielfältigen Landwirtschaft verändert hat. Die EU hat dies erkannt, ersichtlich an ihren Bestrebungen, Fördermittel vermehrt an Umwelt gebundene Leistungen zu koppeln. Vor diesem Hintergrund fragen wir: Welche Bedingungen haben dazu geführt, dass die Landwirtschaft dabei ist, die Allgemeinwohlleistungen aufzugeben und sich ihre eigene Lebensgrundlage zu nehmen?

Zu 3 - Über die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) wird die Produktion gefördert und nicht der Umweltschutz

Fakt ist, dass rund 80 % der EU-Agrarsubventionen an nur 20 % der Betriebe in der EU gehen.

Die größten Beträge gehen dabei an einen verschwindend kleinen Teil schon jetzt groß aufgestellter Betriebe. Gerade die Landwirte kleiner und mittlerer Betriebe erleben die derzeitige Entwicklung selbst unter dem Druck des „Wachsen oder Weichen“. Dies führt für viele Betriebe zum Zwang einer ruinösen Produktionssteigerung, die sich entsprechend auch auf die Umwelt auswirkt.

Aktuell (23. Januar 2013) haben Abgeordnete des Agrarausschusses des EU-Parlaments Änderungen zum Vorschlag der EU-Kommission zugestimmt, die von der ursprünglich geplanten Ökologisierung der EU-Agrarpolitik kaum etwas übrig lassen. Sollte das Plenum des EU-Parlaments diesen Änderungen zustimmen, bleiben Umweltauflagen weiterhin nicht verpflichtend, so dass auch zukünftig Landwirte den Großteil der Agrarzahllungen erhalten, die diese Auflagen nicht erfüllen. Wir befürchten, dass die Änderungen weder eine Lösung für die akuten Probleme im Klima-, Tier-, Boden- und Wasserschutz bieten, noch dem Erhalt der Artenvielfalt dienen. Auch die ungerechte Verteilung der Agrarsubventionen würde nicht beseitigt. Es würde – wie bisher – die Agrargroßindustrie mehr Geld aus Brüssel erhalten als kleine bäuerliche Betriebe, die im Verhältnis mehr Arbeitskräfte beschäftigen.

Wir begrüßen den Grundgedanken der EU-Kommission, öffentliche Gelder nur noch für öffentliche Aufgaben zu verwenden. Dies würde die von Ihnen beschriebenen Gemeinwohlleistungen, die die Landwirtschaft erbringt, fördern und die Landwirtschaft stärken. Welche anderen Möglichkeiten sieht das BMELV, die Lebensgrundlage der bodenständigen Landwirtschaft zu erhalten? Die Ausführungen beziehen sich nur auf Direktzahlungen. Was ist mit den indirekten Zahlungen und Förderungen? Wie viele Beispiele außerhalb Nordrhein-Westfalens kann das Ministerium noch nennen?

Zu 4 - Mit dem Festhalten an Agrexporterstattungen der EU schadet die Bundesregierung besonders Bauern in Entwicklungsländern

Es ist richtig, dass in letzter Zeit die Erstattungszahlungen für Exporte stark eingeschränkt wurden, insbesondere in den Sektoren Rind- und Schweinefleisch sowie Eier. Wir begrüßen auch das Engagement der Bundesregierung für die sofortige Abschaffung aller EU-Exporterstattungen. Für die EU-Länder besteht zwar die Möglichkeit, Erstattungszahlungen auf einzelne Bestimmungsländer bzw. -regionen (z. B. im Sektor

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

Seite -2- von -8- / Stellungnahme vom 13.02.2013 des LANDESNETZWERKS NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* zum Presse-Hintergrund des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 17. Januar 2013 "10 Vorurteile – 10 Fakten: Was Sie über Landwirtschaft in Deutschland wissen sollten"

Geflügelfleisch) gezielt zu beschränken und Erstattungszahlungen für Exporte in Entwicklungsländer auszuschließen. Die Frage ist, inwiefern die Bundesregierung davon auch Gebrauch macht.

Fakt ist auch, dass die Bundesregierung im September 2010 ein Exportförderprogramm aufgelegt hat, um der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft die Erschließung neuer Auslandsmärkte zu ermöglichen. In Ihrer Pressemitteilung Nummer 63 vom 9. März 2012 teilen Sie mit, dass die deutschen Exporte an Agrar- und Ernährungsgütern im Jahr 2011 um über 8 Prozent gestiegen sind und voraussichtlich mit einem Gesamtvolumen von rund 60 Mrd. Euro zu rechnen sei. Exporte in Drittländer werden als „die treibende Größe des Exportwachstums“ bezeichnet. Die Ausfuhren in Staaten außerhalb der Europäischen Union seien gegenüber dem Vorjahr um 17,4 Prozent gestiegen. Diese Überproduktion drückt die Erzeugerpreise unserer Landwirte, denn zu deutschen Kosten produzieren und auf dem Weltmarkt zu den konkurrierenden brasilianischen Billigpreisen zu verkaufen - diese Rechnung kann nicht aufgehen.

Hinsichtlich Geflügelfleisch besteht noch eine ganz andere Situation. In den Industrieländern werden nur bestimmte Teile des Mastgeflügels (z. B. Brust und Schenkel) bevorzugt nachgefragt. Geflügelteile wie Rücken, Häse oder Flügel haben dagegen für die betriebliche Gesamtkalkulation eine geringe Bedeutung. Sie können deshalb ohne Exporterstattungen zu günstigen Preisen auch in Entwicklungsländer exportiert werden und dort die lokalen Märkte beeinträchtigen. Dies ist nur möglich, weil Geflügel hierzulande in solch großen Massen unter entsprechenden Bedingungen billig produziert wird, dass die Produzenten Geflügelteile wie Rücken, Häse oder Flügel „verschleudern“ können. Hinzu kommt, dass die Intensivtierhaltung hierzulande nur möglich ist über den indirekten „Import von Ackerfläche“. Es werden Futtermittel eingeführt, die in Übersee zum Teil unter katastrophalen sozialen und ökologischen Bedingungen produziert wurden. Insofern sind die Entwicklungsländer in doppelter Hinsicht benachteiligt. Wir fragen, wie diesem Dilemma aus Sicht des BMELV entgegengesteuert werden kann?

Solange selbst Wissenschaftler wie z. B. Udo Pollmer, wissenschaftlicher Leiter des Europäischen Instituts für Lebensmittel- und Ernährungswissenschaften, meinen, „dass manche Menschen aus

Armutsländern sogar froh wären, wenn sie in Ställen, wie in Europa für Tiere gebaut, überhaupt leben dürften“ (Vortrag vom 2. März 2012 auf der Delegiertenversammlung des Kreis-Landvolkverbandes in Wardenburg, LK Oldenburg), muss der Umgang mit Entwicklungsländern auf Augenhöhe und mit Respekt vor den einheimischen Märkten angezweifelt werden.

Zu 5 - Moderne Tierhaltung geht zu Lasten des Tierwohls

Wir stimmen überein, dass moderne Tierhaltung nicht zwangsläufig zu Lasten des Tierwohls geht.

Zu Lasten des Tierwohls gehen allerdings „moderne“ Ställe, in denen intelligente Tiere sich nicht artgemäß beschäftigen (Kannibalismus aus Langeweile) oder sich nicht um die eigene Achse drehen können. Dies trifft auch auf die Haltung in zu großen Gruppen zu (sozialer Stress) oder in unnatürlichen Hell-Dunkel-Phasen (Dauerhellphase und Einteilung des 24-Stunden-Tags in je zwei Dunkel- und Hellphasen) zur Beschleunigung der Mast.

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

Seite -3- von -8- / Stellungnahme vom 13.02.2013 des LANDESNETZWERKS NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* zum Presse-Hintergrund des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 17. Januar 2013 “10 Vorurteile – 10 Fakten: Was Sie über Landwirtschaft in Deutschland wissen sollten”

Zu Lasten des Tierwohls kann auch die Art des Besatzes gehen, wenn das Skelett eines Huhns das einseitig auf die Brust konzentrierte Gewicht nicht mehr tragen kann. Dass dies kein Einzelfall ist, zeigt die Aussage des Niedersächsischen Landwirtschaftsministers Gert Lindemann in der FAZ vom 15.01.2013: „40 Prozent der Hühner kommen mit Schäden an Skelett oder Fußsohlen in den Schlachthof - das geht nicht“.

Eine futterflächengebundene, artgerechte Tierhaltung mit genügend Platz, auf Stroh und mit Auslauf, ohne Antibiotika-Abhängigkeit können nur mittelständisch-bäuerliche Strukturen gewährleisten, selbst ein Rückbau großer Agrarfabriken auf eine solche Haltung ist nicht möglich.

Zu 6 - Obwohl das Staatsziel Tierschutz seit zehn Jahren im Grundgesetz verankert ist, tut die Bundesregierung zu wenig für den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere

Diese Beurteilung wird durch die Absichten des BMELV ja gerade bekräftigt, zeigen sie doch, dass die bestehenden Verhältnisse den Tierschutz nicht angemessen berücksichtigen. Wir stimmen mit Ihnen überein, dass der Tierschutz zunehmend in den Fokus – auch – der Politik und der Bundesregierung rückt. Dies geschieht jedoch erst aufgrund des steigenden Drucks der Verbraucher und Nichtregierungsorganisationen auf die Politik. Auch die Abschaffung der Käfighaltung bei Legehennen geschah nur auf Druck der Verbraucher.

Es ist zu fragen, warum überhaupt Haltungsformen entwickelt wurden, bei denen das artgemäße Verhalten nicht berücksichtigt wird und die deshalb ohne Schwänze- und Schnäbelkupieren nicht auskommen. Warum dauert es so lange, Fehlentwicklungen zu beenden (z. B. keine Ferkelkastration ohne wirksame Schmerzausschaltung erst nach 2018)?

In der Vergangenheit wurden viele Probleme und auch Gefahren im Bereich der Tierhaltung schlicht ignoriert. Erst der Druck der Öffentlichkeit in den letzten beiden Jahren zwingt nun zur Reaktion. Von Seiten der Wissenschaft werden immer mehr Problemfelder mit erheblichem Forschungsdefizit aufgedeckt. Dies relativiert die Aussagen über 62 Millionen Euro für Forschung und Innovationen, zumal diese auf drei Jahre verteilt erst ab 2013 zur Verfügung stehen. Diese Mittel reichen absehbar nicht aus, sie wären schon in den letzten Jahren notwendig gewesen und sind deutliches Zeichen der Versäumnisse in der Vergangenheit.

Zu 7 - Gegen den übermäßigen Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung wird nichts unternommen.

Die Gabe von Antibiotika als Mittel zur Wachstumsförderung sowie präventiv ist zwar verboten, gleichwohl ufert der Verbrauch aus. Laut einer Studie werden in Niedersachsen bei 82 Prozent der Masthuhnbetriebe, 77 Prozent der Mastschweinbetriebe und 100 Prozent der Mastkalbbetriebe Antibiotika eingesetzt. Ähnliche Ergebnisse stellte der niedersächsische Landwirtschaftsminister Gert Lindemann nach einer Erhebung zum Arzneimitteleinsatz in niedersächsischen Nutztierhaltungen vor.

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

Seite -4- von -8- / Stellungnahme vom 13.02.2013 des LANDESNETZWERKS NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* zum Presse-Hintergrund des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 17. Januar 2013 "10 Vorurteile – 10 Fakten: Was Sie über Landwirtschaft in Deutschland wissen sollten"

In seinen Ausführungen im niedersächsischen Landtag stellte er dar, dass in Masthühnerbetrieben in ca. 73 % der Durchgänge bis zu drei Wirkstoffe und in ca. 27% bis zu 8 Wirkstoffe in der ungefähr 35 Tage dauernden Mastzeit eingesetzt wurden.

Auch in Puten-, Kälber- und Schweinemastbetrieben wurde die Erhebung durchgeführt (Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung, Pressemitteilung vom 10.11.2011). Der Einsatz von Antibiotika ist die Regel, nicht die Ausnahme. Könnte es sein, dass moderne Haltungsformen mit entsprechend großen Tierzahlen doch nicht so gesund sind?

Im Lichte oben genannter Untersuchungen auf „ein verbessertes System der Eigenkontrolle“ zu setzen, ist nicht zielführend. Die in der Novelle des Arzneimittelgesetzes vorgesehenen Änderungen sind nicht ausreichend. Ein Abschieben der Verantwortung für Kontrollen und Bereitstellung von erforderlichem Personal auf die Länder befreit das Bundesministerium nicht von seiner Verantwortung.

Bundesministerin Ilse Aigner bestätigte im Spätsommer 2012 auf einem Treffen mit dem niedersächsischen Landwirtschaftsminister Gert Lindemann und Verbandsfunktionären in Garrel die „offizielle“ Verbrauchsmenge von Antibiotikabgabe in der industriellen Massentierhaltung von mehr als 1.700 t.

Zudem zeigt die Verschleppungsstudie des Landwirtschaftsministerium in NRW ([Antibiotikastudie 2012 | "Verschleppungsstudie" \(LANUV Fachbericht\)](#)), dass Antibiotika auch nach Beendigung der Medikation weit über das Ende des Mastdurchgangs im Tränkwassersystem der Ställe verbleiben und bei folgenden Durchgängen die Tiere in subtherapeutischen Dosen (mit den bekannten Folgen) belasten.

Zu 8 - Die Produktion von Bioenergie ist aus dem Ruder gelaufen

Wenn Pflanzen extra angebaut werden, um aus ihnen Energie zu gewinnen, dann ist bei bereits bestehendem Flächendruck diese Art der Energiegewinnung kritisch zu sehen (Bioenergie kann auch aus Reststoffen oder Abfällen gewonnen werden).

Die komplexen Zusammenhänge zu diesem Thema erlauben keine Vereinfachungen. Die von der Bundesregierung beschlossenen Nachbesserungen zum EEG greifen zu kurz.

In 2009 wurde zunächst der NawaRo-Bonus erhöht, was einen enormen Schub beim Einsatz von Energiepflanzen auslöste. Die Förderung für Biogas wurde zum 1.1.2012 geändert. Teile der Vergütung unterliegen der Degression und sind ab 1.1.2013 um 2% abgesenkt worden. Für eine häufig vorkommende Biogas-Anlage von 500 kw erhöhte sich die Grundvergütung von 9 Cent auf 12,05 Cent, die Vergütung für Mais beträgt unverändert 6 Cent, für Gülle werden statt 3,92 jetzt 8 Cent je kwh gezahlt.

Maßgebend ist die Vergütung zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme. Das bedeutet: Altanlagen erhalten weiterhin die jeweiligen Sätze bis zum Ende der Förderlaufzeit von 20 Jahren während die Änderungen bislang nur für einen sehr kleinen Teil neuer Anlagen greifen. Aus diesem Grund sind durchgreifende Auswirkungen auf den Anbau von Energiepflanzen vorerst nicht zu erwarten.

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

Seite -5- von -8- / Stellungnahme vom 13.02.2013 des LANDESNETZWERKS NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* zum Presse-Hintergrund des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 17. Januar 2013 "10 Vorurteile – 10 Fakten: Was Sie über Landwirtschaft in Deutschland wissen sollten"

Dies gilt auch für die Begrenzung des Maiseinsatzes auf 60%, weil auch diese Regelung erst für Anlagen ab Inbetriebnahme in 2012 umgesetzt wird. Die Altanlagen nutzen meistens 30% Gülle, um den Bonus dafür zu erhalten, so dass 70% Mais die Regel sind, weil dafür dann der NawaRo-Bonus gezahlt wird. In der Praxis bedeutet der „Maisdeckel“ daher lediglich eine Reduzierung um 10%.

Für den Einsatz alternativer Energiepflanzen wird der für diese Pflanzen im Vergleich zum Mais erhöhte Flächenverbrauch zum Problem. Von den rd. 12 Mill. ha Ackerfläche in Deutschland wurden im letzten Jahr bereits über 2 Mill. ha für Energiepflanzen verwendet. Das sind fast 20%! Alternativen wie Wildblumen haben einen geringeren Biogasertrag als z.B. Mais. Es müssten deshalb für die gleiche gewonnene Energie nochmals deutlich mehr Flächen für Energiepflanzen genutzt werden, die der Nahrungsmittel- und Viehfutterproduktion fehlen und den bereits bestehenden Flächendruck weiter erhöhen.

Bioenergie ist sicher nicht die „einzige erneuerbare Energiequelle, die überall und rund um die Uhr verfügbar ist – ein idealer Komplementärenergieträger“. Wasserkraft, Gezeiten, Geothermie und global betrachtet auch Sonne und Wind sind genauso verfügbar. Sie sind einfach vorhanden, wir müssten sie nur sinnvoll und ökologisch verträglich nutzen. Nicht überall, wo Bio drauf steht, ist auch Bio drin. Das gilt für die Bioenergie mindestens dann, wenn explizit dafür Pflanzen angebaut werden. Denn die ökologischen Schäden sind auch in Deutschland bereits deutlich sichtbar. Es erschließt sich uns nicht, wie durch den Einsatz „von land- und forstwirtschaftlicher Biomasse“ Treibhausgase vermieden werden, wenn man ehrlich alle Faktoren einschließlich indirekter Landnutzungsänderung einbezieht.

Karten des Deutschen Maiskomitee e.V. mit dem Stand von 2010 zeigen deutlich, dass die rechnerische Ermittlung von Durchschnittswerten zum Maisanbau nur als unseriös bezeichnet werden kann. Stickstoffüberschüsse und Rückstände aus dem Pestizideinsatz bedrohen die Trinkwasserversorgung, wie zweifelsfrei in weiten Teilen Niedersachsens an erhöhten Werten abgelesen werden kann. Fakt ist, dass bereits für viele Grundwassermessstellen entsprechende Befunde vorliegen.

Dies alles ist hinlänglich bekannt. In seiner Stellungnahme von April 2011 weist der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik auf alle Fehlentwicklungen hin und schlägt zum wiederholten Male vor, Biogas aus angebauten Energiepflanzen nicht mehr nach dem EEG zu fördern (*Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Stellungnahme: Förderung der Biogaserzeugung durch das EEG, April 2011*) Über all diese Fakten setzt sich die Bundesregierung hinweg und entscheidet nach Kriterien, die der Wissenschaftliche Beirat als „etablierte Lobby-Aktivitäten“ bezeichnet.

Zu 9 - Die konventionelle Landwirtschaft führt zu Monokulturen und Agrarwüsten

In der Vergangenheit waren – konventionell und ökologisch arbeitende – Landwirte in der Tat die maßgeblichen „Pfleger“ der Landschaft. Über Jahrhunderte hat die Landwirtschaft eine artenreiche Kulturlandschaft hervorgebracht. Das hat sich in jüngster Zeit gravierend geändert. Der beschleunigte Rückgang von Pflanzen- und Tierarten in den letzten Jahren ist unbestritten.

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

Seite -6- von -8- / Stellungnahme vom 13.02.2013 des LANDESNETZWERKS NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* zum Presse-Hintergrund des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 17. Januar 2013 “10 Vorurteile – 10 Fakten: Was Sie über Landwirtschaft in Deutschland wissen sollten”

Mit einem Rückgang der Biodiversität sind die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen unmittelbar bedroht. Nicht ohne Grund wurden Agrarumweltmaßnahmen eingeführt. Diese sind jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein im Vergleich zu den Schäden, die in jüngster Zeit durch die Bewirtschaftung angerichtet wurden. Dies ist zum einen durch den Flächendruck verursacht, aber auch durch immer größer werdende Betriebe, die eine individuell auf die jeweiligen Standortbedingungen ausgerichtete Bewirtschaftung erschweren.

Ökonomisch ist die Intensivierung der Landwirtschaft für den einzelnen Betrieb vorteilhaft, für die Allgemeinheit entsteht jedoch ökologischer Schaden, zum Beispiel durch die Nitratbelastung des Grundwassers, vor allem aber durch den Rückgang der Artenvielfalt.

Die biologische Vielfalt ist Grundlage unseres Lebens und besonders der Landwirtschaft, die von ihr direkt abhängig ist. Die biologische Vielfalt wird in rasantem Tempo zerstört.

Und leider ist die Intensivierung der Landwirtschaft die Hauptursache.

Bislang werden wissenschaftliche Erkenntnisse darüber in politische Entscheidungen viel zu wenig einbezogen. Um nachhaltig zu wirken, müssen Nutzungen sowohl für den Landwirt als auch für die Allgemeinheit wirtschaftlich sein. Dazu ist ein fairer finanzieller Ausgleich für ökologische Leistungen und Nutzungseinschränkungen erforderlich – und zwar ergebnisorientiert, wie dies beispielsweise in der Schweiz auf der Grundlage von Leittierarten und Zeigerpflanzen praktiziert wird. In welcher Weise beabsichtigt das BMELV, den Verlust der Lebensgrundlage der Landwirtschaft und deren Untergang aufzuhalten?

Zu 10 - Die Förderung der ökologischen Landwirtschaft kommt zu kurz

Die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Mittel zur Förderung des ökologischen Landbaus sind trotz Erhöhung nur ein Bruchteil der für die Agrarförderung insgesamt eingesetzten Mittel.

Sie sind zu gering, um umstellungswilligen Landwirten eine sichere betriebswirtschaftliche Basis für die Umstellungszeit zu garantieren. So erklärt sich auch die geringe Zunahme von ökologisch wirtschaftenden Betrieben (Zunahme 2010 auf 2011 lediglich von ca. 22.000 auf 23.000 Betriebe, Zahlen-Daten-Fakten, Die Bio-Branche-2012, BÖLW).

Der enorm gewachsene Bedarf an biologisch angebauten Lebensmitteln kann aus deutscher Produktion mit dieser Entwicklung weder heute noch in Zukunft bedient werden. Längst erobern ausländische Erzeuger den deutschen BIO-Markt.

Dieser Trend sollte zu Gunsten der deutschen ökologischen Landwirtschaft sofort umgekehrt werden. Die dafür nötigen Fördermittel müssen deutlich erhöht werden. Wichtige und dringend benötigte regionale Wertschöpfungsketten können so zusätzlich in den ländlichen Gebieten etabliert werden. Was wird das BMLV unternehmen, um die ökologische Landwirtschaft in Deutschland ausreichend zu fördern und damit den hiesigen umstellungswilligen Betrieben eine sichere betriebswirtschaftliche Basis für die Umstellungszeit zu garantieren?

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

Seite -7- von -8- / Stellungnahme vom 13.02.2013 des LANDESNETZWERKS NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* zum Presse-Hintergrund des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 17. Januar 2013 "10 Vorurteile – 10 Fakten: Was Sie über Landwirtschaft in Deutschland wissen sollten"

Zum Abschluss noch folgende Anmerkungen:

Die BMELV-Veröffentlichung „10 Vorurteile – 10 Fakten“ setzt sich nach unserer Auffassung nicht hinreichend differenziert mit den vermeintlichen Vorurteilen auseinander, die Sie unterstellen. Wie bereits dargestellt, hat die Landwirtschaft (nicht nur bei uns) große Bedeutung.

Dabei spielt es zunächst keine Rolle, ob es sich um konventionelle oder ökologische Betriebe handelt.

Es spielt allerdings sehr wohl eine Rolle, ob es sich um Boden gebundene und Familien geführte Betriebe handelt. Diese haben Vorrang vor industriell geführten Betrieben, hinter denen Investoren stehen, die ausschließlich an Gewinnmaximierung interessiert sind, ohne Rücksicht auf damit verbundene Schäden für Mensch, Umwelt und Tiere. Angesichts der Umweltschäden in den Regionen mit zu hoher Tierdichte (u. a. stark erhöhte Nitratgehalte im Grundwasser) ist es irreführend, „erschwingliche“ Lebensmittel anzupreisen ohne die Folgekosten der Schäden zu berücksichtigen.

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist engagiert sich weiterhin für eine zukunftsfähige, nachhaltige, faire und vielfältige Landwirtschaft sowie für artgerechte Nutztierhaltung auf bäuerlichen Betrieben. Eine lobbyorientierte Politik zu Gunsten Weniger und zu Lasten der Allgemeinheit lehnen wir ab.

Gern steht das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* für offene Gespräche zur Verfügung und wünscht sich den Einstieg zu einem sachorientierten Dialog.

Das LANDESNETZWERK NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* ist ein Zusammenschluss von über 120 Bürgerinitiativen und Verbänden aus Niedersachsen die sich gegen die Agrarindustrie und deren negativen Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für das Tierwohl einsetzen. Hinter dem Netzwerk stehen über 250.000 Menschen aus ganz Niedersachsen.

Seite -8- von -8- / Stellungnahme vom 13.02.2013 des LANDESNETZWERKS NIEDERSACHSEN *Bauernhöfe statt Agrarfabriken* zum Presse-Hintergrund des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 17. Januar 2013 “10 Vorurteile – 10 Fakten: Was Sie über Landwirtschaft in Deutschland wissen sollten”